

Ein anonymer Mitarbeiter von Heckler & Koch (H & K) behauptete am Montag im Interview mit dpa, der Waffenhersteller werde künftig keine Staaten mehr beliefern, die nicht in der NATO sind. Das beträfe »rote« Staaten wie Mexiko oder Saudi-Arabien. Auch in das NATO-Mitglied Türkei, als »gelber« Staat eingestuft, werde künftig nicht mehr exportiert. Wird jetzt alles anders beim Waffenbauer aus Oberndorf?

Leider noch nicht. Bislang gibt es lediglich die Behauptungen eines H & K-Managers, der nicht einmal namentlich genannt werden will. Er gehört offensichtlich nicht zur Geschäftsführung. Dessen Gespräch mit der dpa hat keinerlei Verbindlichkeit. Jetzt muss sich die H & K-Geschäftsführung dazu positionieren, ob die getätigten Aussagen ihres Mitarbeiters den Unternehmensplänen entsprechen. Bis das passiert, ist alles nur heiße Luft.

Der Konzern Heckler & Koch ist gemessen an den Opferzahlen das todbringendste Unternehmen Deutschlands. Nach meinen Berechnungen und Schätzungen sind bis heute mehr als zwei Millionen Menschen durch Kugeln aus H & K-Waffen ums Leben gekommen. Durchschnittlich alle dreizehn Minuten stirbt dadurch ein Mensch. Dieses Unternehmen hat skrupellos wie kein anderes die Kriegsschauplätze der Welt mit Waffen vollgepumpt. Wenn es seine Exportpolitik derart ändern würde, wäre das natürlich erfreulich und sicher ein Signal für die gesamte Rüstungsindustrie. Die Nagelprobe dafür ist aber: Stoppt H & K sofort alle Waffen- und Ersatzteillieferungen an sogenannte »nicht solide« Länder?

Darauf gab der anonyme Mitarbeiter die Antwort, dass H & K »alten Verpflichtungen nachkommen«, also bestehende Verträge nicht aufkündigen werde. Wird sich zunächst also nichts an der mörderischen Unternehmenspolitik ändern?

Saudi-Arabien, Mexiko und die Türkei haben in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Lizenzen zum Nachbau von H & K-Waffen erhalten und fertigen die Kleinwaffen selbst – diese Märkte sind gesättigt. Die Bundesregierung genehmigte 2008 sogar die Errichtung von Werken zur Herstellung des G-36-Sturmgewehrs in Saudi-Arabien. Seitdem gibt es dort eine ganze Produktionslinie des G 36, die saudischen Streitkräfte werden damit bis zu den Zähnen hochgerüstet.

Zumindest im Fall der Türkei sollen aber keine zusätzlichen Waffen mehr geliefert werden.

Das wäre erfreulich. Doch auch die türkische Armee ist dank einer Lizenzvergabe von 1998 noch für Jahrzehnte mit Sturmgewehren des Typs HK 33 ausgestattet.

Wozu will der Rüstungsbetrieb sein Image nun aufbessern?

Aktuell geht es zum Beispiel um den Auftrag zur Fertigung der Nachfolgewaffe für die auszumusternden G-36-Sturmgewehre der Bundeswehr. 187.000 Stück sollen neu bestellt werden, H & K liegt gut im Rennen. Aber der Konzern agiert aus der Defensive, sicher auch aufgrund der Strafanzeigen von mir und meinem Anwalt Holger Rothbauer gegen ihn und die Bundesausführbehörden. Dabei geht es um den illegalen Export Abertausen-



Nach Schätzungen starben bereits mehr als zwei Millionen Menschen durch Kugeln aus H & K-Waffen: Konfisziertes G 36-Sturmgewehr in Mexiko (Februar 2015)

»Alles nur heiße Luft«

Der Kleinwaffenproduzent Heckler & Koch betreibt Imagepflege und kolportiert, seine Exportpolitik ändern zu wollen.

Ein Gespräch mit Jürgen Grässlin

der G-36-Gewehre in Unruheprovinzen Mexikos. Laut Landgericht Stuttgart beginnen die Strafprozesse in der ersten Hälfte 2017 gegen H & K-Beschäftigte, darunter zwei ehemalige Geschäftsführer. Außerdem ist die Finanzlage des Unternehmens mehr als bedenklich. Laut dpa stand es kurz vor der Pleite und muss bis 2018 eine Anleihe von fast 300 Millionen Euro zurückzahlen. Da ist man in jeder Hinsicht auf politische Unterstützung angewiesen. Aber der H & K-Cheflobbyist und CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder kann aktuell nicht offen für die Firma agieren, solange die Reputation derart schlecht ist.

H & K erklärte offiziell, viele Exporte von Kleinwaffen hätte die Bundesregierung aufgrund ihrer angeblich restriktiven Rüstungspolitik verhindert ...

Na ja. Diese Bundesregierung hat unter maßgeblicher Beteiligung des verantwortlichen Bundesministers Sigmar Gabriel die Öffentlichkeit bei den Kriegsexporten massiv getäuscht. Der Sozialdemokrat hatte im Sommer 2013 versprochen, keinen Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten zuzustimmen, falls er Wirtschaftsminister werde – und dieses Versprechen noch nach seiner Berufung wiederholt. Aber allein bei den Großwaffensystemen gab es von 2014 zu 2015 fast eine Verdoppelung der Ausfuhrgenehmigungen auf 12,8 Milliarden Euro. Vom ersten Halbjahr 2015 zum selben Zeitraum 2016 wurden die Ausfuhr von Munition verzehnfacht. Gabriels Rüstungspolitik zu loben wäre also völlig verfehlt – hier handelt es sich schlichtweg um Wahlbetrug.

Gabriel sagte mit Bezug auf die Großwaffensysteme, viele Verträge

hätte die schwarz-gelbe Regierung abgeschlossen. Gewissermaßen sind dies also auch »alte Verpflichtungen«.

Damit will er sich nur aus der Verantwortung stehlen. Die Kündigung solcher Verträge ist aber unproblematisch machbar: Paragraph sieben des Kriegswaffenkontrollgesetzes besagt, dass alte Verträge jederzeit gekündigt werden können, nach Paragraph neun müsste die Bundesregierung dann Regress zahlen. Als Rheinmetall eine Waffensimulationsanlage an Russland liefern wollte, passierte genau das: Aufgrund des Krimkonfliktes stoppte die Bundesregierung den 100-Millionen-Euro-Deal, die Höhe der Regresszahlung ist unbekannt.

Genauso müssen auch die Lieferungen von Ersatzteilen an Saudi-Arabien gestoppt werden. Sonst geht das Morden des Militärs gegen die Demokratiebewegung im eigenen Land weiter. Zudem leitet Saudi-Arabien seit März 2015 eine Allianz mehrerer Staaten, die einen vernichtenden Krieg gegen Jemen und die dortige Zivilbevölkerung führt. Hier muss die Bundesregierung sagen: Das Leben der Menschen, die in Saudi-Arabien Demokratie fordern, die dort einen anderen Glauben als das Herrscherhaus praktizieren oder das Leben jemenitischer Zivilisten ist so viel wichtiger als der H & K-Ersatzteideal.

Was fordern Sie von H & K, außer einer verbindlichen Erklärung zu den anonymen Aussagen eines Mitarbeiters?

Tatsächlich muss die H & K-Geschäftsführung die Aussagen des Anonymus in den eigenen Reihen als verbindlich erklären. Solange dies nicht geschieht, ist Wortbruch programmiert. Genau das zeichnete sich ja schon nach gut zwei Tagen ab: Vorgestern, am 30. November 2016, schickte der zuständige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine Information über Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, CSU-Parlamentarier Peter Ramsauer. Darin teilt der Bundessicherheitsrat,

der unter Führung von Angela Merkel und Sigmar Gabriel in geheimer Sitzung tagt, mit, dass gleich drei »unsolide Länder« mit H & K-Gewehren und –Bestandteilen beliefert werden dürfen: Für Indonesien wurde unter anderem der Export von 450 vollautomatische Gewehren, 50 Maschinengewehren, 100 Maschinenpistolen und 500.000 Schuss Munition im Gesamtwert von rund 3,9 Millionen Euro genehmigt. Für Malaysia wurde zum Beispiel die Ausfuhr von 300 vollautomatischen Gewehren, 300 Maschinenpistolen und 50 Maschinengewehren im Wert von ca. 1,8 Millionen Euro gestattet. Und an Südkorea dürfen jetzt 400 vollautomatische Gewehre etc. im Wert von 1,3 Millionen Euro transferiert werden. Antragsteller ist laut Sigmar Gabriel in allen drei Fällen die Heckler & Koch GmbH.

Ihrer Ansicht nach ein Verstoß gegen die neue Linie der ausschließlichen Belieferung »grüner Länder«?

Aber hallo! Der Amnesty-International-Report 2015/16 listet für alle drei Staaten schwere Menschenrechtsverletzungen auf. Keines der Länder ist »solide«, keines gehört zur NATO. Hat die Imagepflege von H & K gerade mal zwei Tage gehalten – und schon dürfen wieder solche Staaten mit Kriegswaffen beliefert werden? Wenn dem so wäre, dann hätte der H & K-Anonymus die dpa und damit die Öffentlichkeit massiv getäuscht!

Für einen glaubwürdigen Gesinungswechsel müsste die Geschäftsführung von H & K ihre Mitschuld am weltweiten Massenmorden durch Direktexporte und Lizenzvergaben eingestehen. Das Unternehmen müsste sich mit Unterstützung der Bundesregierung darum kümmern, dass die in Krisen- und Kriegsgebiete gelieferten Waffen eingesammelt und verschrottet werden. Außerdem braucht es ernsthafte Schritte der Versöhnung mit den Opferfamilien, die es weltweit in millionenfacher Zahl gibt. Und der Konzern müsste endlich den Prozess zur Rüstungskonversion einleiten, letztlich also nur noch zivil produzieren. **Interview: Ben Mendelson**

Hintergrund:

Tod für die Welt

Das schwäbische Unternehmen Heckler & Koch (H & K) ist aus den Mauserwerken hervorgegangen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst wurden. Heute zählt die Firma zu den größten Herstellern von sogenannten Kleinwaffen. Damit sind alle diejenigen gemeint, die man tragen kann – Pistolen, Gewehre, Granatwerfer und Panzerfäuste. Mit ihnen werden in Bürgerkriegen wie in Syrien die meisten Zivilisten getötet.

Die Bundesregierung hat die Ausfuhr von Kleinwaffen im ersten Halbjahr 2016 leicht zurückgefahren, doch haben sich zugleich die Exporte von Munition für diese Waffen verzehnfacht. Das geht aus dem Rüstungsexportbericht für die erste Jahreshälfte vor, der Ende Oktober im Kabinett beschlossen wurde. Auffällig sind auch Verschiebungen in der Liste der wichtigsten Bestimmungsländer. So rückte etwa die Türkei von Platz 25 auf Rang 8 vor. Der Wert der Genehmigungen für Kleinwaffen sank dem Bericht zufolge in den ersten sechs Monaten 2016 binnen Jahresfrist von 12,4 Millionen auf 11,6 Millionen Euro. Derjenige für Munition kletterte hingegen von 27 Millionen auf 283,8 Millionen Euro. Auf EU- und NATO-Länder (plus Australien, Neuseeland, Japan und Schweiz) entfielen davon 275 Millionen Euro, auf den Irak 5,4 Millionen Euro. Die wichtigsten drei Bestimmungsländer für Kleinwaffen einschließlich Teilen und Munition waren demnach Frankreich, der Irak und Polen.

Seit Anfang Juli ist bekannt, dass die Regierung in den ersten sechs Monaten 2016 die Ausfuhr von Waffen und Ausrüstung im Gesamtwert von 4,029 Milliarden Euro genehmigte – mehr als eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Opposition übte scharfe Kritik an der Rüstungsexportpolitik der großen Koalition. »Wer bedenkenlos immer mehr Waffen in alle Welt verkauft, auch in Länder wie die Türkei und Saudi-Arabien, darf nicht über die steigenden Flüchtlingszahlen klagen oder ernsthaft über die Bekämpfung von Fluchtursachen reden«, erklärte Linken-Kocheff Bernd Riexinger. »Krieg ist Fluchtursache Nummer eins.« Der Linke-Außenpolitiker Jan van Aken informierte, die Zahlen für das erste Halbjahr 2016 dürften noch deutlich höher liegen, da Sammelausfuhrgenehmigungen über Summen von ein bis zwei Milliarden Euro noch nicht berücksichtigt worden seien. Die Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger warf der Bundesregierung eine »verheerende Bilanz der Verantwortungslosigkeit« vor. Brugger kritisierte insbesondere den Anstieg von Lieferungen nach Saudi-Arabien. »Scheinheilig« sei auch, dass sich die Bundesregierung für den Rückgang bei den Kleinwaffenexporten feiere, aber gleichzeitig große Mengen an Munitionslieferungen genehmige. (dpa/AFP/JW)